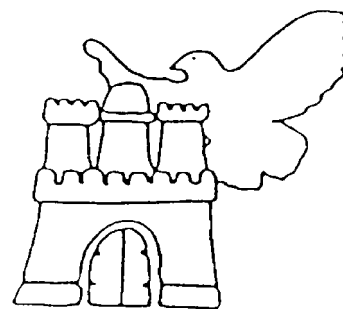


HAMBURGER FORUM

RUNDBRIEF NR. 04/15

www.hamburgerforum.org



7. Juni 2015

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

mit diesem Rundbrief schließen wir die Dokumentation der Ostermarschreden ab. Das Grußwort von Berthold Bose entnehmen wir der ver.di-Webseite. Außerdem dokumentieren wir den Redebeitrag von Monty Schädel auf der Abschlusskundgebung und meine Replik zu der Frage, ob die Friedensbewegung eine linke Bewegung ist oder ob in ihr nicht doch auch Platz für bürgerliche Friedensfreunde ist. Darin, dass Faschisten in der Friedensbewegung keinen Platz haben, sind wir uns ja einig.

Hinter uns liegen nun die Aktivitäten zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Hier ist zunächst an das Befreiungsfest in den Hamburger Wallanlagen zu erinnern. Wir beteiligten uns mit einem Infotisch. Zudem fuhren wir mit einer kleinen Gruppe am 10. Mai zur Friedensdemonstration nach Berlin, um auch am Sitz der Bundesregierung gegen Militarisierung und Aufrüstung zu protestieren. Einer der vielen inhaltlichen Beiträge und sicherlich ein Höhepunkt war eine per Großleinwand übertragene Videobotschaft von Oscar Lafontaine, in der er aufforderte, dafür auf die Straße zu gehen, dass von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgeht. Er wandte sich besonders gegen den US-Drohnenkrieg, für den die Bundesrepublik ihr Territorium zur Verfügung stellt und damit das Morden unterstützt, und gegen deutsche Waffenexporte in Diktaturen, die dann damit Krieg führen. Sein Redebeitrag ist auf unserer Webseite verlinkt.



Infostand des Hamburger Forums am 9. Mai in Hamburg



SchülerInnendemonstration am 6. Juni

Am letzten Samstag gab es in Hamburg eine von Schülern des Carl-von-Ossietzky-Gymnasiums vorbereitete Demonstration gegen Waffenexporte über den Hamburger Hafen. Mit dieser Demonstration wiesen die Schüler darauf hin, dass der Export von Waffen der Präambel der Hamburger Verfassung widerspricht, denn dort heißt es: „Die Freie und Hansestadt Hamburg hat als Welthafenstadt eine ihr durch Geschichte und Lage zugewiesene, besondere Aufgabe gegenüber dem deutschen Volke zu erfüllen. Sie will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein.“ Stattdessen ist Hamburg durch den Waffenexport das Tor zum Tod. Jedes Jahr werden Waffen im Wert von hunderten Millionen Euro über den Hamburger Hafen verschickt, darunter auch ca. 1000 Container Munition. Die wirkt nicht nur in den Empfängerländern tödlich, sondern stellt auch beim Transport eine Gefahr für die Be-

völkerung dar. Auf der Abschlusskundgebung auf dem Gänsemarkt sprach u. a. Sönke Wandschneider.

Wie in jedem Jahr stecken wir jetzt in den Vorbereitungen für den Hiroshimatag und den Antikriegstag. Die atomare Abrüstung macht auch 70 Jahre nach dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki keine Fortschritte. Die in Büchel gelagerten US-Atomwaffen sollen jetzt modernisiert werden, anstatt sie zu verschrotten. Vor wenigen Jahren hatte der Bundestag noch die Bundesregierung aufgefordert, sich für ihren Abzug einzusetzen. Und Deutschland bleibt auch trotz des Einstiegs in den Ausstieg aus der sogenannten zivilen Atomenergie eine latente Atommacht, die mit ihrem Know-how und den vorhandenen Plutonium- und Uranvorräten schnell eigene Atomwaffen herstellen könnte. Wir organisieren zum 6. August eine Kundgebung am Kriegsklotz mit Rede- und Kulturbeiträgen sowie Infotischen. Wer sich mit einem Infotisch beteiligen möchte, melde sich bei uns.

**Kundgebung zum Hiroshimatag ● Donnerstag, 06. August 2015 ● 17–19 Uhr
Kriegsklotz am Dammtor ● U/S-Bahn Dammtor/Stephansplatz**

Für den Antikriegstag bereiten wir eine Demonstration am 1. September vor. Zurzeit diskutieren wir über unseren Demonstrationsaufruf. Heute geht erneut Krieg von deutschem Boden aus: mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr, der Lieferung von Waffen in alle Welt, aber auch durch die Duldung der US-Stützpunkte in Deutschland,



Das Forum bei der Demonstration am 10. Mai in Berlin

auch von den Herrschenden nicht mehr verdrängt und gelehnet werden, wird jetzt mit dem Antisemitismus- oder Faschismusvorwurf versucht, antimilitaristische und antikapitalistische Vorstellungen in der Öffentlichkeit zu delegitimieren. Den Betroffenen nützt es auch nichts, sich antifaschistisch zu betätigen, indem sie sich z. B. an den Gegenaktionen gegen Auftritte tatsächlicher Faschisten beteiligen. Wolfgang Gehrcke, langjährig in der Friedensbewegung aktiv, in Hamburg noch als DKP-Vorsitzender in Erinnerung und heute für die Linke im Bundestag, hat zu diesem Zusammenhang jetzt das Buch „Rufmord. Die Antisemitismuskampagne gegen links“ veröffentlicht. Wir bereiten hierzu eine Veranstaltung vor.

Außerdem wollen wir uns auf einer Veranstaltung mit der Kriegsgefahr in Lateinamerika beschäftigen. Zwar gibt es einerseits eine Annäherung zwischen den USA und Kuba, andererseits haben die USA Venezuela als Bedrohung ihrer nationalen Sicherheit eingestuft. Sobald Ort und Zeit beider Veranstaltungen feststehen, werden wir euch informieren.

Friedenskampf und Antifaschismus gehören zusammen – Faschismus dient und dient der Kriegsvorbereitung. Heute sind es jedoch vor allem die bürgerlichen Regierungen der NATO-Staaten, die die Militarisierung der Außenpolitik im Kampf um Rohstoffe und Märkte betreiben. Sie schrecken dabei auch nicht vor der Zusam-

land, die zur Drohnenkriegsführung genutzt werden. In der Propaganda der Bundeswehr und von Kriegspolitikern wird die Militarisierung der Außenpolitik als Lehre aus der Vergangenheit verkauft und als „Übernahme von Verantwortung“ verbrämt. Damit soll verschleiert werden, worum es tatsächlich geht: den freien Zugang zu Rohstoffen und Märkten und die Aufrechterhaltung der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung. Wir wollen, dass die Grenzen für Waffen und Soldaten dichtgemacht werden, während sie für Flüchtlinge, den Opfern von Krieg, Militarisierung und Neoliberalismus, geöffnet werden müssen.

In der Geschichte der Bundesrepublik wurde von herrschender Seite bislang der Antikommunismus instrumentalisiert, um linke Bewegungen und die Friedensbewegung zu bekämpfen. Da man mangels Masse damit niemandem mehr Angst einjagen kann, aber auch, weil mittlerweile die nationalsozialistischen Verbrechen

menarbeit mit Faschisten zurück – wie etwa in der Ukraine. Hiergegen tut gemeinsames Handeln der Friedensbewegung not.

Wer sich an der Entwicklung unserer friedenspolitischen Arbeit beteiligen möchte, sei auf unsere nächste Vorstandssitzung mit Gästen hingewiesen, auf der wir Inhalte und Formen unserer Aktionen diskutieren:

Dienstag, 16.06., 07. und 21.7.2015 ● 18.00 Uhr ● Curio-Haus ● Rothenbaumchaussee 15

Wer eingeladen werden möchte oder Anfragen und Anregungen hat, melde sich bitte bei uns – siehe Seite 1 unten.

Mit antimilitaristisch-pazifistischen Grüßen

Markus Gunkel

Hamburger Ostermarsch 2015

Grußrede vom ver.di-Landesbezirksleiter Berthold Bose bei der Auftaktkundgebung

Ich überbringe Ihnen und euch die solidarischen Grüße der Gewerkschaft ver.di in Hamburg!

Die Ostermarschbewegung, als Kampagne für Demokratie und Abrüstung, ist die erste unabhängige soziale Bewegung und breite außerparlamentarische Opposition in der Bundesrepublik. Vor 55 Jahren, im Jahr 1960, mit dem ersten Marsch ins Leben gerufen, zeigen wir noch heute, dass wir für Frieden in der Welt eintreten. Wir wollen gemeinsam, solidarisch miteinander Zeichen setzen und für Frieden in der Welt eintreten. Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin deshalb entschlossen, keine Art von Krieg weder direkt noch indirekt zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegursachen mitzuarbeiten. Dies ist die Selbstverpflichtung der internationalen Kriegsdienstgegner: War Resisters' International

Krieg hat viele Gesichter – in jedem Fall tötet ein Krieg Menschen und verliert die Menschlichkeit durch das Töten. Die Gewerkschaften setzen sich seit jeher für den Frieden ein. Für ein friedliches und soziales Land, in dem die Menschen und nicht nur das Kapital gesehen wird. Auch ein Krieg ist ein gigantisches Geschäft – auf dem Rücken und auf Kosten der Leben von Menschen. Lassen wir durch unser Signal heute die Welt wieder ein wenig aufmerksamer und vielleicht friedlicher werden.

Redebeitrag von Monty Schädel, DFG-VK, bei der Abschlusskundgebung

Liebe Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner, liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

seit Jahrzehnten demonstriert die Antikriegs- und Friedensbewegung traditionell zu Ostern bundesweit. Dabei ist es uns relativ egal, wie nahe der Krieg hier bei uns vor der Tür ist oder ob wir direkt und persönlich davon betroffen sind. Das ist für uns nicht wichtig, denn wir wissen, Krieg ist immer und überall ein Verbrechen an der Menschheit. Und mit welcher Begründung auch immer ein Krieg geführt wird, es bleibt letztlich eine Ausrede für Krieg, d. h.

für Gewalt, Mord, Zerstörung ... Eine Ausrede zu rechtfertigen, dass Menschen getötet werden und leiden! Das machen wir nicht mit. Das wollen wir nicht. Deshalb bringen wir als Friedensbewegung auch in diesem Jahr zu Ostern bundesweit unsere Position gegen Krieg und Gewalt auf die Straße und in die Öffentlichkeit.

Wenn wir unseren Protest in diesen Tagen auf die Straße bringen, dann ist es leider wieder einmal so dringend und notwendig, wie es lange nicht mehr notwendig war.



IPPNW bei der Demonstration am 10. Mai in Berlin

Denn schauen wir auf die aktuelle Welt und in die Bundesrepublik: Weltweit toben Kriege mit all den uns bekannten Folgen – vor allem aber mit Folgen für die Menschen in den Kriegsregionen und die mittlerweile Millionen Flüchtlinge auf der Welt, die vor Kriegen und deren Auswirkungen aus ihren angestammten Regionen fliehen müssen.

Diesen Flüchtlingen muss von uns, hier aus der Bundesrepublik und Europa, mit jeder erdenklichen Unterstützung unter die Arme gegriffen werden. Sowohl in den Fluchtregionen weltweit, wie auch hier in Europa, wie auch in der Bundesrepublik.

Noch einmal zur Verdeutlichung: Der Libanon hat eine Einwohnerzahl von ca. 6 Millionen Menschen und die haben 1 Million Flüchtlinge aufgenommen. Und in der Bundesrepublik mit ihren 80 Millionen Menschen, wesentlich mehr Fläche und wirtschaftlicher Stärke stöhnt man wegen

200.000 Menschen mehr? Es kann doch nicht sein, dass wir uns hier in und auf unserem Wohlstand ausruhen und die Grenzen um EU-Europa sowie zur Bundesrepublik dicht machen. Während man hier Milliarden Euro dafür ausgibt, dass u. a. Waffensysteme neu angeschafft werden, um „besser“ weltweit Soldaten in den Krieg schicken zu können, fehlen in den Kommunen und Landkreisen die Mittel, um Flüchtlingen menschenwürdige Lebensbedingungen bereitzustellen.

Und selbst wenn denn Bürgermeister_innen und andere Menschen sich der Situation annehmen, müssen sie sich, wie jüngst in Tröglitz oder Güstrow, gegen rassistische Angriffe wehren bzw. schützen.

Flüchtlinge brauchen offene Grenzen, und alle, die es hierher schaffen, heißen wir herzlich willkommen. Sie



Beim Hamburger Ostermarsch 2015

brauchen unsere Hilfe und hier die Aussicht auf ein menschenwürdiges Leben. Solange diese Bundesrepublik immer noch Waffen herstellt und in die ganze Welt verkauft, solange die Bundesrepublik sich an Kriegen beteiligt, hat sie mindestens deshalb die verdammte Verantwortung, für die Folgen dieser Kriege mit aufzukommen und den Menschen, die unter diesen Kriegen leiden, zu helfen. Und wenn es denn wirklich am Geld liegen sollte, dass man Flüchtlingen keine menschenwürdigen Lebensbedingungen geben kann, dann empfehle ich: Löst das Militär auf und verlasst das Kriegsbündnis NATO. Diese Mittel können wir sparen und sinnvoller für Menschen einsetzen. Der Rüstungshaushalt soll in den nächsten Jahren um gleich mehrere Milliarden Euro steigen, da kann es doch nun wirklich nicht am Geld liegen.

Wir fordern endlich ein Umdenken auf allen Ebenen und in allen Gesellschaftsbereichen dieser Bundesrepublik: Offene Grenzen für Flüchtlinge – Geschlossene Grenzen für Waffen! Flüchtlingshilfe hier in der Bundesrepublik und vor Ort in den Krisenregionen aktiv und effektiv und nicht nur zum Schein!

An dieser Stelle deshalb auch ein herzliches Dankeschön an all die Menschen, die sich bereits jetzt überall in der Bundesrepublik an den EU-Außengrenzen oder in Flüchtlingslagern auf der Welt täglich für Flüchtlinge einsetzen und sie Solidarität und Menschlichkeit spüren lassen.

Liebe Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner, liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

die aktuelle Regierungskoalition von CDU/CSU und SPD segnet nicht nur weltweiten Waffenexport ab und schickt nicht nur Soldaten in Kriegseinsätze, nein, sie will diese Gesellschaft der Bundesrepublik auch massiv umgestalten und – so wie ich es nenne – militarisieren. Mit einer „Attraktivitätsoffensive für die Bundeswehr“, so steht es in der Koalitionsvereinbarung, soll das Bild von der Bundeswehr im Allgemeinen und den Soldaten und Soldatinnen im Speziellen in der Öffentlichkeit „attraktiver“ werden. Man könnte es auch als Werbekampagne für eine „Mordstruppe mit einem tödlichen Handwerk“ bezeichnen.

Als ob so etwas „attraktiv“ für Menschen sein könnte, die mit ihren Nachbarn und allen anderen Menschen in Frieden leben wollen? Es muss doch immer wieder klar gesagt werden: Soldaten und Soldatinnen sind Mörder/Mörderinnen. Die hauptsächliche Bestimmung, wozu Soldaten und Soldatinnen da sind und wozu sie ausgebildet sind, ist das Töten! Da ist nichts „attraktiv“ dran! Egal, wie viel Werbung man da rein steckt!

Die Mechanismen und Strategien dieser Attraktivitätsoffensive sind dabei äußerst umfangreich. Die Bundeswehr selbst schreibt dazu erschreckend offen auf bundeswehr.de: „Die Bundeswehr soll zu einem der attraktivsten Arbeitgeber in Deutschland werden – dieses Ziel verfolgt Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen mit der Agenda ‚Bundeswehr in Führung – Aktiv. Attraktiv. Anders‘. Moderne Arbeitszeitmodelle umsetzen, individuelle Karrierepfade verlässlich planen oder familienfreundliche Rahmenbedingungen bereithalten – all dies sind Bausteine der Attraktivitätsoffensive.“

Doch die Bundeswehr, das Kriegsministerium, die regierungstragenden Parteien, die Bundesregierung, die Lobbystrukturen und die dort handelnden Personen richten ja nicht nur Glitzerräume mit Monitoren und Werbebroschüren ein. Mit der „Attraktivitätsoffensive“ verbinden die Genannten auch, dass sich in der Öffentlichkeit das Bild und die Einstellungen zu den von der Bundesrepublik, der EU und der NATO geführten Kriegen ändert. Denn seit Beginn der offenen Kriegsbeteiligungen der Bundeswehr, 1999 die Aggression gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, gab es zwar Parlamentsmehrheiten, aber nie Mehrheiten in der Bevölkerung für die Kriege.

Das Grundgesetz wurde uminterpretiert und das Bundesverfassungsgericht erklärte Kriegsbeteiligungen auch für möglich, doch in der Bevölkerung und der öffentlichen Stimmung konnte das keinen Meinungsumschwung herbeiführen. Die Menschen in der Bundesrepublik lehnen Krieg als Mittel der Politik ab! Und das ist gut so! Selbst als Soldatinnen und Soldaten sich in Katastrophenfällen wie Hochwasser oder Vogelgrippe unermüdlich einsetzen, konnte das keinen Meinungsumschwung herbeiführen. Die Menschen erkannten und fragten sich, warum haben wir ein ziviles Technisches Hilfswerk und einen Katastrophenschutz, wenn die in solchen Fällen nicht helfen können? Warum werden unsere Feuerwehren so knapp bei Kasse gehalten, dass sie ihren Auftrag selbst in Nichtkatastrophenfällen kaum erfüllen können? Und warum hat das Militär alles? Warum gibt es nur Hilfe in olivgrün? Ist das deren Aufgabe?

Ich sage dazu: Die Menschen sind nicht so blöde, dass

sie solche Strategien nicht durchschauen können. Sie erkennen ganz deutlich, dass auf Kosten der zivilen Infrastruktur in den Gemeinden und Städten dem Militär alles, was es verlangt und weit darüber hinaus, zur Verfügung gestellt wird.

Seit der Aussetzung der Wehrpflicht kann die Bundeswehr auch nicht mehr auf die Zwangsdienstleistenden als Indoktrinations- und Rekrutierungsbasis setzen. Mit enormem Aufwand versucht sie deshalb nun, über die Schulen und Jobmessen, über Klassenfahrten und Ferienevents an unsere Kinder heranzukommen und sie für das Kriegshandwerk zu begeistern.

Während in vielen Orten Kindergartenplätze Mangelware sind, werden Extra-Kitas für die Kinder von Militärangehörigen in kürzester Zeit errichtet. Während der Schüler_innenverkehr auf dem Lande oft nicht funktioniert und Kinder viele Warte- und Fahrtzeiten aufbringen müssen, kann die Bundeswehr mit der Gegenleistung der Werbung auf den Schülerfahrkarten für alle Kinder von 7 bis 16 Jahren den kommunalen Schülerverkehr bezuschussen. Warum fehlen in den Kommunen die Gelder für Flüchtlingsunterkünfte, für die Feuerwehren, für die Kitas, für den Schülerverkehr, für Klassenfahrten und Vereinsleben, während das Militär immer parat steht, Mittel und Material zur Verfügung stellen kann?

Wir brauchen keine Mittelverschwendung für eine „Attraktivitätsoffensive“ für die Bundeswehr und ihr mörderisches Handwerk, wir brauchen eine ausreichend ausgestattete Zivilgesellschaft!

Derzeitiger Höhepunkt der „Attraktivitätsoffensive der Bundeswehr“, ich hoffe auch für Proteste der Antikriegs- und Friedensbewegung bundesweit, soll dann der bundesweit erstmals in diesem Jahr begangene „Tag der Bundeswehr“ am 13. Juni sein. Da nach bundeswehr.de „... die Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft (mindestens genauso wichtig ist)“, sollen beim Tag der Bundeswehr das „persönliche Erleben und der unmittelbare Kontakt und Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern (...) in den Vordergrund gestellt werden“.

Noch einmal bundeswehr.de: „... auch zivile Partner sind vor Ort mit im Boot: Ob Städte, Gemeinden oder Landkreise, ob Vereine, Verbände oder Reservisten – sie alle organisieren die regionale Ausplanung dieses besonderen Tages Seite an Seite. Herausgekommen sind schon jetzt viele ansprechende Ideen und Programmhöhepunkte, die in den kommenden Wochen noch verfeinert werden. (...) die Standorte haben sich intensive Gedanken gemacht, um der Öffentlichkeit ein bisher einmaliges Event-Programm zu bieten. Dazu Attraktionen für Kinder, Militärmusik und Einblicke in die Karrieremöglichkeiten bei der Bundeswehr – all das erwartet Besucher beim Tag der Bundeswehr.“ Mit einem Event-Programm sollen Menschen dafür geworben werden, die weltweit stattfindenden Kriege am Laufen zu halten und soll das Soldatsein als normal dargestellt werden.

Doch wenn uns die Bundeswehr und die Regierungsfaktionen, die Lobbyist_innen und Militärbefürworter_innen in dieser Bundesrepublik so herausfordern, dann kann es doch für uns nur eine Antwort geben: Blockieren und behindern wir das Militär, überall, wo es in Erscheinung

tritt! Sagen wir laut: Euer Lack und euer Glitzer können nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihr einer unnormalen Tätigkeit nachgeht und dem Krieg das Wort redet! Wir wollen die Bundeswehr abschaffen und wir wollen Strategien entwickeln und anwenden, die die Ausbeutung, die sozialen Ungerechtigkeiten, die Armut beenden und Konflikte gewaltfrei bearbeiten! Krieg beginnt nicht erst mit dem Waffeneinsatz oder der Eskalation in den Wochen und Monaten dorthin. Krieg beginnt bereits dort, wo Militär als etwas „Normales“ oder gar „Attraktives“ dargestellt wird.

Dieser „Tag der Bundeswehr“, vor Jahren noch selbst für Regierungspolitiker_innen undenkbar, ist ein Beispiel dafür, wie unsere Gesellschaft zunehmend militarisiert wird. Das heißt nicht, dass wir ständig überall Panzer auf der Straße sehen. Aber Militär als Event, und dann bundesweit an einem Tag, normal wie ein Sommerfest mit bunten Wimpeln und Fahnen, bei Musik und Getränken bedeutet Militarisierung der Gesellschaft: Das zivile Leben wird durch militärische Mittel oder Personen aus dem Militär so weit durchdrungen, dass die Verwendung dieser Mittel und die Anwesenheit von Militär nicht mehr in Frage gestellt werden.

Wenn wir aber eine Gesellschaft haben, die Militär und Krieg als normal und gerechtfertigt ansieht, dann ist die Gefahr, dass Kriege auch stattfinden, sehr viel größer. Das Führen von Kriegen wird für die Regierenden viel einfacher. Wir sind alle gefordert: Verhindern wir die Ausweitung dieser Art der Normalität! Denn mit der Militarisierung hier wird der Krieg und die Ausweitung von Kriegen weltweit vorbereitet. Der Boden wurde/wird dafür bereit, dass Kriege möglich werden, der Widerstand dagegen wird verringert, delegitimiert, verhindert. Wir erleben das bereits aktuell bei der Sicht auf die Proteste gegen die aktuellen Kriege und die Beteiligungen der Bundesrepublik daran. Selbst die aktuelle Bedrohung unseres Lebens durch den Krieg in der Ukraine, fast direkt vor unserer Haustür, die NATO-Russland-Eskalation oder die vielen Berichte von den Flüchtlingen aus Syrien, Afghanistan, Afrika können die meisten Menschen nicht zur Aktivität herausfordern.

Es liegt deshalb an uns, deutlich zu machen: Die Kriege, die überall auf der Welt stattfinden, finden nicht statt, weil sie ein Naturereignis sind, sondern weil dem auch hier nicht entschieden in der Masse entgegengetreten wird. Hier beginnt der Krieg mit der Militarisierung der Gesellschaft, mit der Rüstungsproduktion, mit dem Waffenhandel, mit dem Festhalten an unserem Wohlstand. Hier können und müssen wir auch dagegen etwas tun.

Liebe Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner, liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, setzen wir unseren Protest gegen die Kriege auf der Welt, für den Austritt aus und die Abschaffung der NATO, gegen den Waffenhandel und gegen die Drohneneinsätze aktiv und aktiver fort. Lassen wir uns nicht dadurch beirren, dass wir angeblich eine Minderheit seien oder die Welt nicht verstehen würden, weil wir andere Positionen vertreten als viele Politiker_innen und die, die in den Medien widergespiegelt werden. Die Friedensbewegung musste leider schon immer gegen den Mainstream wirken.

Dafür sind wir aber immer konsequent geblieben und

sind keine Kompromisse bei der Frage des Friedens eingegangen. Wir hängen an keiner Regierung, haben aber Grundsätze! Entscheidend für uns ist der Bestand des Konsens der Antikriegs- und Friedensbewegung: Gemeinsam gegen Gewalt, Krieg und Militarismus, niemals nie aber mit Rassist_innen und Nazis gemeinsam, denn deren „Frieden“ ist nicht unser Frieden, selbst wenn sie vom Frieden reden und unsere Forderungen kopieren. Nationalismus und Rassismus, das Erheben von Menschengruppen über andere Menschen, führt immer in der Krieg. Für gemeinsames Handeln für den Frieden gibt es Grenzen, auch wenn wir alles dem Frieden unterordnen.

Und so ist es dann auch, dass wir Russlands Reaktionen auf die Ausweitung der NATO an ihre Grenzen, auf den faschistischen Putsch in Kiew mit der Unterstützung von NATO/EU/Bundesregierung, auf die kriegerische Eskalation in der Ost-Ukraine, auf die ständigen Lügen aus Brüssel, Berlin, Washington, dem Baltikum, Kiew und Warschau nachvollziehen können – man kann sogar sagen, verstehen können. Dass heißt aber noch lange nicht, dass wir alles, was da aus Russland und Moskau kommt, gut oder richtig finden oder auch legitimieren würden.

Und so ist es z. B. weder in der Ukraine, in Riga, noch in St. Petersburg, noch in Tröglitz, Stralsund, Dortmund oder Dresden hinzunehmen, wenn Nazis ihre menschenverachtende Sicht verbreiten. Entsetzt sind wir erst recht darüber, dass in St. Petersburg der Raum dafür gegeben worden ist, dass sich die europäischen faschistischen Parteien im „Russisch-Internationalen Konservativen Forum“ zusammen finden konnten. Egal ob Front National, Vlaams Blok (Vlaams Belang), NPD, DIE RECHTE, die AfD oder auch bei Pegida, Pegada, Endgame – die können noch so viel vom Frieden reden, die gehören nicht zur Friedensbewegung.

„Verbot des Waffenhandels“, „Stopp der Drohnenkriege“, „Austritt aus der NATO“ reichen als Forderungen auf-



zuzählen nicht aus, um als Teil der Friedensbewegung in der Bundesrepublik anerkannt zu sein. Wir wollen nicht heute mit Leuten gemeinsam demonstrieren, die morgen dann vor Flüchtlingsheimen stehen und „Ausländer raus!“ brüllen! Und wer, so wie es bei den sogenannten Mahnwachen für den Frieden nicht selten vorgekommen ist, „links“ und „rechts“ aufhebt oder dieses gleichsetzt, öffnet der NPD und anderen Nazis/Rassist_innen die Tür.

Den zum Ostermarsch hier in Hamburg im Aufruf zitierten Schwur von Buchenwald können wir nur umsetzen, wenn bei uns in Wort und Tat klar ist: Rechts ist die Tür zu! Das war bei der Friedensbewegung immer so und so sollten wir es auch weiter handhaben! Verbinden wir dieses mit unserem Streiten gegen die Krieg auf der Welt und dem Kampf gegen die Militarisierung im Innern der Gesellschaft und wir werden eine wirklich gerechte und solidarische Gesellschaft errichten können.

Ich bin Monty Schädel und handle aus Überzeugung! Ich bin ganz sicher nicht von der NATO gekauft! Mein Arbeitgeber ist die Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)!

Zwischenruf von Markus Gunkel nach Monty Schädel's Beitrag bei der Abschlusskundgebung

In der Tat – Krieg und Faschismus gehören zusammen. Es war die große Tragik der deutschen Arbeiterbewegung und der Demokratie, dass es vor 1933 nicht gelang, eine gemeinsame Abwehrfront, eine Volksfront gegen den Faschismus zu bilden. Dass der Kampf der antifaschistischen Kräfte untereinander nicht beiseite gestellt wurde, sondern wichtiger genommen wurde als der Kampf gegen den gemeinsamen Feind. Für die Sozialdemokraten waren die Kommunisten nur „rotlackierte Faschisten“, und die Kommunisten



bekämpften die Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ und witterten in bürgerlichen Demokraten den Klassenfeind. Bis es zu spät war, bis man gemeinsam im KZ saß. Lenin hat diese Form der Politik schon lange zuvor die „Kinderkrankheit des Kommunismus“ genannt.

Es ist unsere Lehre aus dem Faschismus:

- Gemeinsam für den Frieden.
- Gemeinsam gegen Waffenexporte – die weltweit Konflikte schüren und anheizen.
- Gemeinsam gegen Kriegseinsätze deutscher Soldaten in allen Teilen der Welt.
- Gemeinsam gegen die Zusammenarbeit mit der ukrainischen Regierung, die Krieg gegen ihr eigenes Volk führt und dabei auch mit Faschisten und Rechtsradikalen zusammenarbeitet.

Denn die Folgen der Politik der großen Koalition aus CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP, die die Militarisierung deutscher Außenpolitik vorantreiben, werden wir wieder gemeinsam ausbaden müssen.

Dabei geht es nicht um eine Querfront – eine Zusammenarbeit mit neofaschistischen oder rechtsradikalen Kräften. Ich kenne in der Friedensbewegung in Hamburg niemanden, der so etwas anstrebt. So jemand würde auch nicht geduldet werden. Was wir aber brauchen, ist eine Volksfront gegen Krieg und Militarisierung, wie sie von der etablierten Politik betrieben wird.

Im Aufruf des Friedenswinters hieß es: „Wir werden unser Ziel, Frieden schaffen ohne Waffen, die Träume von Martin Luther King, Berta von Suttner, Mahatma Gandhi und Rosa Luxemburg nicht heute und sofort erreichen. Wir werden es nur erreichen, wenn wir uns und viele andere sich engagieren und wir gemeinsam den Frieden in unsere Hände nehmen.“

Von Willy Wimmer bis Oskar Lafontaine, von Katrin McLean bis Conny Kerth, von Ken Jebsen bis Monty Schädel müssen wir uns der drohenden Kriegsgefahr entgegenstellen.

Wir danken Walter für die schönen Ostermarschbilder.